

Platz i abbeck

Nr. 3, 24. April 2008

DIE LINKE.KÖLN



Die Linke.Köln Fraktion im Rat der Stadt Köln

V.i.S.d.P. Die Linke.Köln, Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, email: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de,
www.linksfraktion-koeln.de

Integrationsbetriebe stärken!

Behinderte Menschen haben es auf dem Arbeitsmarkt doppelt schwer. Es gibt immer weniger gering qualifizierte Tätigkeiten. Doch gerade behinderte Menschen haben oft keine oder lediglich eine einfache (Helfer-)Ausbildung. Dazu kommen vielfach die Vorurteile der Chefs. Dementsprechend hoch ist die Arbeitslosenquote unter ihnen.

Integrationsunternehmen wollen hier Abhilfe schaffen. Mindestens 25 % und bis zu 50 % der Arbeitsplätze müssen von schwerbehinderten Menschen besetzt sein. Die Arbeitsplätze müssen sozialversicherungsspflichtig, tariflich und ortsblich entlohnt sein. Nach einer Anschubfinanzierung müssen sich die Betriebe wirtschaftlich selbst tragen. Sie erhalten dann lediglich eine Förderung zum Nachteilsausgleich, wie sie auch „normale“ Betriebe, die Schwerbehinderte beschäftigen, aus der Ausgleichsabgabe erhalten.

Die Idee ist so gut, dass selbst Arbeitsminister Laumann sich nicht davor verschließen kann. Das Land NRW hat dem Landschaftsverband Rheinland zur Förderung dieser Unternehmen 5 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Seit dem 1.1.2007 können neue Arbeitsplätze für Menschen mit einer Schwerbehinderung in Integrationsunternehmen aus dem Förderprogramm „Job 4000 – Programm zur besseren beruflichen Integration betroffener schwerbehinderter Menschen“ und aus den Co-Finanzierungen dieses Programms (ESF-Mittel, Ausgleichsabgabemittel des LVR-Integrationsamtes) bezuschusst werden. Außerdem ist seit dem 1.10.2007 das „Zweite Gesetz zur Änderung des Zweiten Buchs Sozialgesetzbuch (SGB II) – JobPerspektive“ in Kraft getreten. Dieses Gesetz sieht die Beschäftigungsförderung von langzeitarbeitslosen Personen mit besonderen Vermittlungshemmnissen durch einen unbefristeten Kombi-Lohn vor. In Köln stehen für diese Förderung 1.100 Plätze zur Verfügung.

Es gibt bereits zahlreiche Integrationsunternehmen. Zu ihnen zählen auch zunehmend Betriebe, die eine Großküche mit Mahlzeitenlieferservice betreiben und Kanti-

Karten auf den Tisch

Die Ratsfraktion tritt für den öffentlich-rechtlichen Auftrag der Sparkasse ein

Nachdem SPD, Grüne, CDU und FDP erklärten, sie werden der Sparkasse Köln-Bonn mittels eines Kommunalkredits 210 Mio. Euro zur Verfügung stellen, hat DIE LINKE. Köln einen Antrag auf Aktuelle Stunde für die Ratssitzung am 24. April gestellt. Ob die Aktuelle Stunde dann tatsächlich stattfinden wird, bleibt abzuwarten. Die großen Parteien werben in der Öffentlichkeit für ihren Millionenkredit. Sie gehen davon aus, dass der Bonner Stadtrat noch 90 Mio. Euro drauflegt. Bonn sperrt sich aber.

Die etablierten Parteien behaupten, die Stadt würde sogar noch daran verdienen. Und das ganze Geschäft sei völlig risikofrei.

An solche Worte kann sich die Fraktion DIE LINKE. noch gut erinnern, als die Kölner Messehallen gebaut wurden. Die Warnungen der damaligen PDS-Gruppe wurden belächelt. Heute gehen die bürgerlichen Parteien diesem Thema aus dem Weg. Und die Kölnerinnen und Kölner müssen jetzt doppelt zahlen: Einmal für die überhöhte Miete, die die Messe im nächs-

ten Jahre nicht mehr tragen wird, ca. 27 Mio. jährlich. Das wird man über den Haushalt ausgleichen. Zweitens die verspätete Fertigstellung der RTL-Hallen. Dafür muss die Sparkasse 106,5 Mio. Euro zahlen. In ihrem letzte Woche veröffentlichten Jahresabschluss 2007 ist zu lesen:

„Obwohl die Risikovorsorge für das Projekt Rheinparkmetropole mit größter Sorgfalt gebildet wurde, bestehen nicht unerhebliche Rechts- und insbesondere vor dem Hintergrund der nicht abgeschlossenen Planungs- und Bauphase auch Kostenrisiken, die bei einem nicht erwartungsgemäßen Projektverlauf zu weiteren Belastungen führen können.“

Die Ratsfraktion will wissen, wie man diese Aussage zu deuten hat. Bleibt es nicht bei den 106,5 Mio. Verlusten? Grund genug die Aktuelle Stunde durchzuführen.

Im Jahresabschluss 2007 gibt es überhaupt keine Anhaltspunkte dafür, dass die Sparkasse eine 300-Millionen-Euro Einlage braucht. Dort ist zu lesen: →

nenbetriebe führen. Deshalb hat DIE LINKE. Köln auf der Ratssitzung einen Antrag gestellt zu prüfen, inwieweit Integrationsunternehmen Schulkantinen in Köln führen können. Denn auch die Situation an den Schulen ist alles andere als rosig. Durch die Verdichtung der Gymnasialschulzeit und die Einführung von immer mehr Ganztagschulen müssen viele Schulen künftig ein Mittagessen anbieten. Doch sie sind oft nicht darauf vorbereitet.

Es sind aber auch viele andere Einsatzmöglichkeiten von Integrationsbetrieben in städtischen Diensten denkbar. Wichtig ist, dass die Stadt darüber nachdenkt, in welchen Bereichen sie eingesetzt werden können und inwieweit Träger von sozialen Einrichtungen angeregt werden, selbst aktiv zu werden.

Michael Kellner



„Neben Kapitalbestandteilen, der Sicherheitsrücklage und dem Fonds für allgemeine Bankrisiken, verfügt die Sparkasse KölnBonn über ergänzende Eigenkapitalbestandteile als Basis für die zukünftige Ausweitung ihres risikotragenden Geschäftes.“

Warum braucht die Sparkasse also den Kölner Kommunalkredit? Auf dem Jahrespressegespräch am 12. März hatte der Vorstandsvorsitzende Binkowska sogar erklärt: „Ich versichere Ihnen aber: Für zukünftige Belastungen haben wir noch ausreichend Reserven. Reserven bildet man, um diese bei Zeiten auch einzusetzen. Aber – und da sind wir uns sicherlich einig – niemals alles!“

Zwei Wochen später einigten sich SPD, CDU und Grüne auf einen Doppelhaushalt

und wieder zwei Wochen später verkünden die vier bürgerlichen Parteien, dass sie 300 Mio. in die Sparkasse pumpen wollen. Und wie wollen Sie das machen? Natürlich durch die Verabschiedung des Doppelhaushaltes. Eine in sich logische Strategie. Vorbei an einer öffentlichen Diskussion und Meinungsbildung. Auf diesem Wege wollen die vier großen Parteien die verschiedenen Leichen im Keller der Sparkasse entsorgen statt sie ordnungsgemäß öffentlich zu beerdigen.

Neben den Verlusten für die RTL-Hallen hat die Sparkasse KölnBonn noch Verluste von 22,3 Mio. Euro wegen der MMC-Geschäfte und von 98,8 Mio. Euro bei Wertpapieren. Mindestens 42 Mio. Euro fließen an die WestLB, die sich in großem Umfang spekuliert hat. Nutznießer ist u. a. der Esch-

Oppenheim-Fonds, dessen Gewinne bei Geschäften mit der Stadt Köln auch aus städtischen Geldern bezahlt wurden.

Verantwortlich für diese Geschäfte war Alfred Schröder, der vormalige Vorstandschef der Sparkasse, aber auch Oberbürgermeister Schramma (CDU) als ehemaliger Vorsitzender des Verwaltungsrates.

Nur durch Offenlegung der gesamten Verlustgeschäfte ist ein Neuanfang möglich. Außerdem ist eine andere Geschäftspolitik nötig. Die Sparkasse KölnBonn muss sich wieder wie eine öffentlich-rechtliche Bank verhalten. Dazu gehört, dass sie vorrangig Geschäfte mit der regionalen Wirtschaft macht und sich um die wirtschaftlich schwachen Bevölkerungsschichten im Rheinland kümmert.

Jörg Detjen

DIE LINKE. Köln lehnt einen Doppelhaushalt ab

Am Freitag, den 28. Februar schickte der Oberbürgermeister den Antragsentwurf für die Dringlichkeitsvorlage für den Doppelhaushalt an die Fraktionen und Einzelmandatsträger. Dem waren Vorgespräche zwischen Kämmerer, Oberbürgermeister, SPD, Grüne, CDU und FDP vorausgegangen. Am darauf folgenden Montag einigten sich CDU, SPD und Grüne in einer gemeinsamen Erklärung „In Verantwortung für Köln“ auf einen Doppelhaushalt. Kenia-Koalition nennt man das in Fachkreisen. Schwarz-Rot-Grün wollten den Streit über den Haushalt aus den bevorstehenden Kommunalwahlen heraushalten, deshalb wollte man schnell einen Doppelhaushalt für 2008 und 2009 erstellen.

Die Fraktion DIE LINKE. Köln kritisiert sofort das Verfahren: „Ohne Ratsbeschluss und ohne Sondersitzung des Hauptausschusses werden jetzt die laufenden Haushaltsberatungen per Dringlichkeitsentscheidung gestoppt. Das ist undemokratisch. Darüber hinaus hat der Oberbürgermeister noch nicht einmal einen neuen zeitlichen Rahmen für den Doppelhaushalt vorgelegt.“

Schramma und die etablierten Parteien wollen offensichtlich im Wahljahr 2009 keine Haushaltsdebatte haben. Sie möchten den Wählern die wohlklingenden Phrasen ihrer Wahlprogramme in die Ohren säuseln und die wirklichen Entscheidungen per Haushalt erst nach der Wahl fällen.“

Ursprünglich sollte der Haushalt für 2008 am 30. April verabschiedet werden. Daraus wird jetzt nichts. Die gesamten Haushaltsberatungen müssen noch mal von vorne beginnen. Am 30. April bringt Schramma jetzt den neuen Haushalt in den Rat ein. Am 24. Juni, also acht Wochen später, soll er dann schon verabschiedet werden. Ein derartig dichtes Zeitfenster für die Verabschiedung des Haushaltes hat es in

den letzten Jahrzehnten nicht gegeben und das dann gleich für zwei Haushaltsjahre.

2009 wird durch die enormen Schulden der WestLB auch Köln stark belastet. Die konkreten Auswirkungen sind jetzt noch nicht absehbar. Deshalb ist ein Doppelhaushalt unpraktisch und nicht zeitgemäß. Auch die Lage der Sparkasse bereitet große Sorgen.

Der Doppelhaushalt setzt auch die Durchführung des Bürgerhaushaltes 2009 außer Kraft. Weder mit dem Beirat des Bürgerhaushaltes noch mit der Lenkungsgruppe haben die bürgerlichen Parteien vorher gesprochen. DIE LINKE. fordert, dass im Herbst 2008 trotzdem wieder ein Bürgerhaushaltsverfahren durchgeführt wird und die Vorschläge zeitnah, unabhängig von den Haushaltsberatungen 2010 umgesetzt werden. Ein jährlicher Rhythmus des Bürgerhaushaltes muss Standard werden. Nur so kann ein demokratischer Mitwirkungsprozess der Kölnerinnen und Kölner auf Dauer installiert werden.

Nachdem die schwarz-rot-grüne Kenia-Koalition, aber auch Oberbürgermeister Schramma und der Stadtkämmerer, anfänglich behauptete, man würde 2009 einen Bürgerhaushalt durchführen, soll der Bürgerhaushalt 2009 auf der bevorstehenden Ratssitzung endgültig beerdigt werden.

Der Jahresabschluss des Haushaltes 2007 hat keine Fehlbeträge, sondern einen Überschuss. Aber das Kinderbildungsgesetz (Kibitz) kann zu zahlreichen Mehrbelastungen führen, weil sich viel mehr Kinder angemeldet haben.

Ob SPD und Grüne die Aufstockung der Köln-Passes von 10 % über den Regelsatz von Hartz IV, 345 Euro plus Kosten der Unterkunft, auf 30 % über den Regelsatz anhebt, bleibt abzuwarten. Dringend erforderlich wäre das, weil die Armut in der Stadt größer wird.

Jörg Detjen

Aufwachsen in Köln-Kalk

Fraktion und Ortsverband „Schäl Sick“ besuchen Jugendhilfeeinrichtungen im Stadtteil

Im April besuchten 12 Menschen aus Fraktion und Ortsverband Einrichtungen im Stadtteil. Das Jugendzentrum der Evangelischen Kirche, der Pavillon, die Abenteuerhalle Kalk, das Bürgerzentrum und das Naturfreundehaus haben alle mit Jugendarbeit zu tun.

Ein durchgängiges Problem ist fast immer die Finanzierung. Die städtischen Zuschüsse sind in den letzten Jahren zwar gleich geblieben. Doch der fehlende Inflationsausgleich bedeutet eine faktische Kürzung der Mittel. Dazu kommt, dass die Landesförderung zurückgegangen ist.

Ein weiteres Problem ist die Projektförderung. Projekte laufen im Normalfall nach ein bis zwei Jahren aus. Die nächste Zeit verbringen die Beschäftigten damit, weitere Projektanträge zu schreiben. Die Jugendlichen verbringen ihre Freizeit derweil auf der Straße.



Vor dem Pavillon in der Albermannstraße: Özlem Demirel, Ratsmitglied (ganz rechts); Andrea Kostolnik, Mitglied im Jugendhilfeausschuss (2. von rechts); Özgür Demirel, Bezirksvertreter Kalk (6. von rechts)

Aus den Bezirken:

■ Chorweiler

Die BV stärkt Bürgerzentren den Rücken

Eigentlich sollte die Bezirksvertretung im Kölner Norden wie die anderen BVs die Neufassung des Rahmenkonzepts der Kölner Bürgerhäuser nur abnicken, sprich, zur Kenntnis nehmen. Aber dank eines von Wolfgang Lindweiler für die BV Porz verfassten Änderungsantrags, der für Chorweiler übernommen wurde, blieb es nicht dabei. Die Mitglieder der Bezirksvertretung in der Neuen Stadt sahen sich Sekunden vor der Abstimmung mit diesem Antrag konfrontiert, der die Zustimmung zum neuen Rahmenkonzept mit der Bedingung verbindet, die städtischen Fördermittel für die Bürgerzentren mindestens entsprechend des Anstiegs der Energiekosten und der zu erwartenden Mehrausgaben durch Tarifierhöhungen im öffentlichen Dienst anzuheben. Mit 9 Ja-Stimmen (DIE LINKE., SPD, Grüne und, c'est la vie, „Pro Köln“) bei Enthaltung der CDU-Fraktion und des FDP-Vertreters ging der Antrag glatt durch.

Die Bürgerzentren wird es freuen, auch wenn der so verabschiedete Antrag nur appellativen Charakter hat. *Dieter Wernig*

■ Nippes

Unvollständige Antworten zum Müll aus Neapel

DIE LINKE. Köln hat in der BV Nippes nachgefragt, ob und wie viel Müll aus Italien in der Niehler MVA verbrannt werden soll. Darüber hinaus sollte die Verwaltung mitteilen, wie teuer die Verbrennung des Abfalls für die Italiener werden soll. Wochenlang kam keine Antwort der Verwaltung, sodass DIE LINKE in der BV Nippes

➔ Für Vernetzungsarbeit bleibt keine (bezahlte) Zeit. Doch nur so kann den Jugendlichen auch bei Problemen weitergeholfen werden, die über die Aufgaben eines Offenen Treffs hinausgehen.

In einem Stadtteil mit besonderem Hilfebedarf wie Kalk muss DIE LINKE. solidarisch mit den armen und benachteiligten Jugendlichen sein. Angebote für sie sind zu stärken.

Die Menschen, die mit ihnen arbeiten, werden viel zu oft auf Honorarbasis beschäftigt. Sie brauchen endlich feste Anstellungen, ein angemessenes Einkommen und die Sicherheit, dass ihr Job auch im nächsten Jahr noch bezahlt wird. Diese doppelte Prekarisierung muss endlich beendet werden: Heute dagegen wird der, der mit benachteiligten Jugendlichen arbeitet, oft noch bestraft.

Andrea Kostolnik

selbst aktiv wurde:

Am 14.4.08 gab sich die AVG gegenüber dem Bezirksvertreter Weisenstein (DIE LINKE. Köln) unwissend. Die AVG beziehe den Müll von einer Zwischenfirma, die den Müll für den Niehler Ofen vorbereitet. Für die AVG sei nicht nachvollziehbar, woher der Müll komme. Bei der Zwischenfirma handelt es sich um die Firma GVG. Diese Firma gehört zu 75 % der Firma Remondis und zu 25 % der AVG. Die GVG wiederum erklärte auf Anfrage, in den kommenden zehn Wochen circa 15.000 bis 20.000 Tonnen Müll aus Italien zu erhalten, vorausgesetzt die Bezirksregierung erteilt ihre Zustimmung. Zum Preis wurden keine Angaben gemacht. Nach Einschätzung des Firmensprechers wird die Gesamtmüllmenge, die in Köln verbrannt wird, nicht höher. Das Gesamtkontingent sei festgelegt, von anderen Orten würde dementsprechend weniger Müll nach Köln geliefert.

Zur letzten Sitzung der Bezirksvertretung Nippes wurde eine Antwort der Verwaltung vorgelegt. Es wird bestätigt, dass der Müll in Köln verbrannt werden soll. Über die Menge, die in Köln verbrannt werden soll, und den Preis wurden keine Angaben gemacht. Es kann darüber gestritten werden, ob es sinnvoll ist, Müll aus Italien nach Köln zu fahren, um ihn dort verbrennen. Die Ökobilanz dürfte aufgrund des Transportes negativ ausfallen. Nicht akzeptabel ist die Informationspolitik der beteiligten Unternehmen und der Stadtverwaltung. Wenn Informationen nicht öffentlich gemacht werden, entsteht beim Bürger der Eindruck, dass etwas verheimlicht werden soll. *Michael Weisenstein*

■ Ehrenfeld

Beschämender Auftritt

Jörg Uckermann, der erste abgewählte stellvertretende Bürgermeister einer Kölner Bezirksvertretung, hatte in der Aprilsitzung der Ehrenfelder BV seinen ersten Auftritt als Fraktionsvorsitzender der sogenannten Bürgerbewegung „Pro Köln“. Zum Auftakt hatte er eine aktuelle Stunde beantragt, in der er vor einer „zunehmenden Islamisierung Ehrenfelds“ und einer daraus resultierenden „Gefährdung der Bevölkerung“ warnen wollte. Vor einer Reihe von Gesinnungsfreunden im Publikum – die übrigen Bezirksvertreter hatten derweil den Saal verlassen – schwadronierte er drauflos und gab auch dann keine Ruhe, als die vorgeschriebene Redezeit von fünf Minuten abgelaufen war. Als ihm Bezirksbürgermeister Josef Wirges das Wort entzog, kam es zu üblen Beschimpfungen und Beleidigungen sowohl durch Uckermann als auch durch Leute aus dem Publikum. „Heil Hitler!“-Rufe wurden laut. Ein Störer wurde des Saals verwiesen. Auch während der übri-

gen Sitzung zeichneten sich Uckermanns zahlreiche Redebeiträge und Zusatzanträge durch Pöbeleien und Formulierungen aus, die wohl dazu gedacht waren, die Bezirksvertretung insgesamt als inkompetent und letztendlich nutzloses Gremium lächerlich zu machen. So stellte er zu einem Antrag der CDU, die alte „Klüttenbahn“ nach Braunsfeld wieder als öffentliches Nahverkehrsmittel in Betrieb zu nehmen, den „Zusatzantrag“, eine Transrapid-Verbindung nach Ehrenfeld herzustellen oder einen Zeppelin einzusetzen.

Wenn solche Auftritte zur Regel werden – was zu befürchten steht – brechen für die Ehrenfelder Bezirksvertreter harte Zeiten an. Bleibt zu hoffen, dass es ihnen gelingt, den früheren CDU-Mann in die Schranken zu weisen, um wieder ernsthaft Politik für den Stadtbezirk machen zu können.

Helga Humbach

■ Ehrenfeld

Besuch bei Campina

Mitte März traf sich der „Mittwochkreis“ der Fraktion DIE LINKE. Köln ausnahmsweise am frühen Nachmittag und in der Kantine der Großmolkerei Campina. Der Kölner Milchversorger, der zu den fünf größten Betrieben seiner Art in Deutschland gehört, hat Probleme. In einem Fernsehbeitrag hieß es sogar, der Standort Köln sei gefährdet – und mit ihm ca. 400 Arbeitsplätze. Das Dilemma des Betriebes: es müssten dringend Investitionen gemacht werden, um den Betrieb wettbewerbsfähig zu halten. Allerdings – eine räumliche Ausdehnung ist im Bilderstöckchen nicht möglich. Zudem gefährden Privatisierungspläne für das angrenzende Schlachthofgelände sogar den bisherigen Betrieb. Eine Wohnbebauung würde sicherlich zu Konflikten wegen des starken LKW-Verkehrs auf der Geldernstraße führen. Täglich rollen dort im 24-Stunden-Takt mehr als 3000 Tankfahrzeuge auf das Gelände und hinaus.

Bei einer Führung durch den Betrieb beeindruckten vor allem die modernen Produktionsbedingungen und der hohe Hygienestandard. Campina ist führend bei der Schulmilch-Herstellung und produziert darüber hinaus eine große Vielfalt von Frischmilch-, Sahne- und Joghurtsorten für Markenartikler wie „Landliebe“ und Discounterketten.

Die LINKE-Politiker wollen sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass der Kölner Standort der internationalen Genossenschafts-Molkerei und seine Arbeitsplätze erhalten werden. Letzteres ist besonders wichtig, da die meisten Kollegen schon jahre- und sogar jahrzehntelang bei der Milchverwertung Köln, Tuffi und jetzt Campina arbeiten und es eine Reihe von Arbeitsplätzen für gering qualifizierte Mitarbeiter zu erhalten gilt, die am Arbeitsmarkt heute kaum noch eine Chance hätten.

Helga Humbach

Aus den Ausschüssen:

■ Schule

Kölner Privatschulen

In Deutschland hat sich in den letzten Jahren die Zahl der Privatschulen erhöht. Diese bekommen dadurch ein neues Gewicht. DIE LINKE. Köln wollte deshalb auf der letzten Schulausschusssitzung Antworten auf ihre Fragen.

Allein 17 Grund- oder Realschulen sowie Gymnasien sind in privater Trägerschaft. Dazu kommen noch ein privates Berufskolleg sowie drei Schulen des 2. Bildungswegs. Diese Schulen unterrichten fast 12.000 Schüler. Eine große Zahl, denn insgesamt hat Köln etwas über 150.000 Schüler. Grund genug, genauer hinzuschauen.

Die Beantwortung weiterer Fragen steht noch aus. So warten wir noch auf die Antworten der Bezirksregierung. Von ihr

wollten wir wissen, welche Schulen Landesförderungen erhalten, wie hoch die jeweiligen Schulgebühren sind und welche Abschlüsse jeweils angeboten werden.

DIE LINKE. ist der Meinung, dass Bildung eine öffentliche Aufgabe ist und bleiben muss. Dennoch geht die Entwicklung zu immer mehr Privatschulen. Solange es sie gibt, erfordert das eine stärkere Kontrolle durch Politik und Öffentlichkeit.

Özlem Demirel

■ Ausschuss Soziales und Senioren

Integration in den ersten Arbeitsmarkt – the answer is blowing in the wind

Am 17.12.2007 berichtete der Kölner Stadtanzeiger von einer Untersuchung, die die Bundesagentur für Arbeit in Auftrag gegeben hatte. Danach kehrt jeder zweite von Hartz IV Betroffene, der in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt wird oder aus eigenem Antrieb eine Stelle findet, spätestens nach einem Jahr wieder zu ALG II zurück.

Im Januar 2008 teilte die Verwaltung den Mitgliedern des Ausschusses Soziales und Senioren in einem Sachstandsbericht mit, dass die ARGE jährlich 14.000 Kunden in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt. Rein äußerlich betrachtet eine erfreuliche Zahl! Ein Blick auf beide Nachrichten lässt allerdings aufhorchen und veranlasste den Vertreter der Fraktion DIE LINKE. Köln im Ausschuss zu einer Anfrage.

Ausgangspunkt war die Frage, was sich hinter dieser Zahl verbergen könnte. Enthält die Zahl dauerhaft oder nur befristet Beschäftigte? Werden die frisch vermittelten ArbeiterInnen tarifgemäß bezahlt oder mit Niedriglohn abgespeist? Wie viele von ihnen erhalten zum Billiglohn noch aufstockendes ARG II? Und wie viele kehren nach 12 Monaten wieder ins ALG II zurück?

Die Antwort war verblüffend: „hierzu steht leider kein geeignetes Datenmaterial zur Verfügung.“ Welch arge Software! Das Wichtigste wird ausgespart und der Wind pfeift durch die Löcher im Computer. Eine Aufschlüsselung ist der ARGE offensichtlich nur in Bezug auf Jugendliche unter 25 (3.586) und Senioren ab 50 Jahren (1.197) möglich.

Nimmt man die Lücken in der Information ernst, so muss man sich

mit Recht fragen, welchen Sinn die Zahl von 14.000 haben kann, wenn sie kaum aufschlüsselbar ist. Sie dient offensichtlich eher der Selbstdarstellung der ARGE und sagt nichts aus über die Qualität der Vermittlungen. Ein Trauerspiel, das sogar die Sozialdezernentin im Ausschuss bedauerte.

Etwas genauer fiel allerdings eine Antwort zu dem gleichen Thema an die CDU



aus. Immerhin wurde hier festgestellt, dass von den genau 14.514 Integrationen in den ersten Arbeitsmarkt insgesamt 5.239, also 36 %, nachhaltig sind, also länger als 6 Monate dauern. Mehr ist offensichtlich auch für die CDU nicht drin.

Michael Kellner

■ Verkehr

Legale Parkplätze auf der Friedrich-Karl-Straße

Die Verkehrssituation auf der Friedrich-Karl-Straße in Nippes ist im Moment sehr gefährlich. Weil im Abschnitt zwischen Neusser Straße und Niehler Kirchweg, abgeschwächt auch zwischen Niehler Kirchweg und Niehler Straße kaum Parkplätze vorhanden sind, stellen sich viele Verkehrsteilnehmer einfach auf den Radweg. Diese Wildparker behindern den Fahrradverkehr massiv.

Im Verkehrsausschuss hat DIE LINKE. nun einen Antrag gestellt, die Situation zu entschärfen. Die Verwaltung soll prüfen, ob der bisherige Radweg im besagten Straßenabschnitt nicht als Fahrradschutzstreifen auf die Fahrbahn verlegt werden kann. Neben der Baumreihe, die erhalten bleiben soll, könnten dann legale Parkplätze entstehen, die über die vorhandenen Stichstraßen angefahren werden können. Ein weiterer Vorteil dieser Umgestaltung wäre, dass der Bürgersteig als solcher den Fußgängern ein geschützten Raum bieten würde. Mit dieser Verkehrsführung wird mehr Sicherheit für Radfahrer erreicht, denn so wird die Nutzung der Verkehrsflächen eindeutig. Bisher illegal genutzte Parkmöglichkeiten werden legalisiert und gehen damit dem Autoverkehr nicht verloren.

Auf der Sitzung wurde der Antrag wegen Beratungsbedarf auf die nächste Sitzung verschoben.

Michael Weisenstein



Chancen für Alg2-Bezieher auf dem Kölner Wohnungsmarkt

Ergebnisse einer Auswertung von Wohnungsanzeigen im August 2007

DIE LINKE. KÖLN
FRAKTION IM RAT DER STADT KÖLN

Informationen rund um Hartz IV im Fraktionsbüro

Die Fraktion hat eine neue Broschüre erstellt, die sich mit Hartz IV befasst.

Im Rahmen des Fraktionsarbeitskreises Hartz IV/Soziales wurde eine Studie zu den „Chancen für ALG2-Bezieher auf dem Kölner Wohnungsmarkt“ erstellt. Cindy und Johannes Kolter werteten Mietanzeigen aus und kamen zu der ernüchternden (und lange bekannten) Feststellung, dass es kaum preiswerte Wohnungen in Köln gibt, die die ARGE bereit ist zu bezahlen.

Die Broschüre ist kostenlos. Sie kann ab sofort im Büro abgeholt oder von der Internetseite

„www.linksfraktion-koeln.de“

heruntergeladen werden. Sie wird auf Wunsch auch kostenfrei zugeschickt.

Ausnahmen bei der Zweitwohnungssteuer erreicht

Die Zweitwohnungssteuer in Köln gehört abgeschafft. Sie diente historisch dazu, die Zweitwohnung Besserverdienender in Touristenorten steuerlich zu veranlagern, aber nicht – wie es in Köln geschieht – vorwiegend Studenten oder Menschen mit niedrigen Einkommen.

Die Fraktion DIE LINKE. Köln hatte in der Ratssitzung vom 18. September 2007 den Antrag eingebracht, nach einer Befreiungsmöglichkeit für jene Menschen zu suchen, die sich in unserer Stadt gegen ein geringes Entgelt für das Gemeinwohl einsetzen. Stadtkämmerer Soenius musste damals zähneknirschend den Willen der Politik zur Kenntnis nehmen und den Auftrag entgegen nehmen, eine Lösung zu finden. Nun zahlt die Stadt Absolventen eines freiwilligen sozialen oder ökologischen Jahres oder des Zivildienstes, welche aus diesem Grund ihren zweiten Wohnsitz in Köln haben, einen städtischen Zuschuss. Er wird höchstens 25,00 Euro monatlich bzw. 300,00 Euro jährlich betragen. Das entspricht ungefähr der Höhe der Zweitwohnungssteuer. Dieses komplizierte Verfahren ist notwendig, weil die Stadt rein rechtlich eigentlich keine Ausnahmen machen darf.

Der Zuschuss ist ein Schritt in die richtige Richtung. Diese jungen Menschen müssen in ihrem Engagement unterstützt werden. Dass sie wie bisher für ihr Engagement auch noch zur Kasse gebeten werden, widerspricht fundamentalen Gerechtigkeitsgrundsätzen.

DIE LINKE. Köln lehnt die Zweitwohnungssteuer in Köln entschieden ab. Sie wird sich auch weiterhin nicht davon abhalten lassen, Veränderungen vorzuschlagen, um zumindest die schlimmsten sozialen Ungerechtigkeiten zu verhindern.

Jörg Detjen

Der Köln-Pass – ein kölscher Star

Der Köln-Pass ist aus Köln nicht mehr wegzudenken. Fast 150.000 Pässe wurden bisher ausgestellt. Eine kölsche Karriere!

Im September 2006 beschloss der Rat der Stadt Köln nach mehreren vergeblichen Anträgen der Fraktion DIE LINKE. Köln endlich seine Wiedereinführung zum 1.1.2007 mit hauchdünner Mehrheit von Rot-Rot-Grün. Grundlage waren ein Antrag im Beschwerdeausschuss, der von vielen Mitgliedern der LINKEN und Erwerbsloseninitiativen unterstützt wurde, und ein Ratsantrag von SPD und Grünen.

Der Köln-Pass ermöglicht Menschen mit geringem Einkommen nicht nur verbilligte Fahrkarten bei der KVB und neuerdings auch beim VRS, sondern auch preisgünstige Eintrittskarten in zahlreiche städtische und sogar private Einrichtungen. So macht z. B. der 1. FC Köln mit. Der Köln-Pass ist ein Jahr lang gültig.

Beantragen können den Pass BezieherInnen von ALG II und Sozialhilfe, aber auch Menschen, deren monatliches Einkommen bis 10% über diesen Bedarfsätzen plus individueller Miete liegt. Dazu kommen BezieherInnen von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, von wirtschaftlicher Jugendhilfe, von Wohngeld und Kindergeldzuschlag.

Der Beschluss zur Einführung des Köln-Passes enthält u. a. die Aufforderung an die Verwaltung, nach einem Jahr einen Erfahrungsbericht vorzulegen. In diesem Bericht sollte auch die Frage nach einer möglichen Erweiterung des Berechtigtenkreises beantwortet werden. Der Bericht wurde im April im Ausschuss für Soziales und Senioren veröffentlicht.

Die Beantragung von Köln-Pässen verlief in den ersten Monaten 2007 nach Eindruck der Fraktion zu schleppend. Deshalb warben Mitglieder von Fraktion und Partei mit einer Postkarte vor den Arbeitsagenturen für den Pass. Gleichzeitig erhielten Inte-

ressierte auch einen Antrag. Im Laufe des Jahres 2007 stieg die Zahl der Antragsteller weiter an. Ende des Jahres hatten 149.759 Menschen den Köln-Pass beantragt.

Leider mussten 1.717 Anträge abgelehnt werden, weil sie über dem angegebenen Bedarfsatz lagen. An dieser Stelle wird deutlich, dass es durchaus einen Bedarf gibt, den Berechtigtenkreis zu erweitern. So erhielten 460 Personen eine Ablehnung, weil sie bis 20%, 383 Personen, weil sie bis 30% über dem Bedarfsatz lagen. Die Verwaltung schreibt dazu: „Eine Anhebung der Bedarfsgrenze auf 130% würde der Hälfte (49,1%) der Personen, die bisher eine Ablehnung erhalten hatten, den Zugang zu einem Köln-Pass und damit verbundenen Vergünstigungen ermöglichen.“ Die Fraktion DIE LINKE. Köln fühlt sich mit dieser Aussage bestätigt, denn sie hat die Erweiterung des Berechtigtenkreises in Form einer Anhebung der Bedarfsgrenze um 30% schon seit einiger Zeit auf ihre Fahne geschrieben.

Nach Aussage des Berichtes ist die Stadt Köln bemüht, „den Umfang der Vergünstigungen für den Köln-Pass stetig auszubauen.“ So erhalten Kinder von Köln-Pass-Inhabern ein ermäßigtes Mittagessen in der Schulmensa, und ab 2008 sind Köln-Pass-Inhaber von der Zahlung von Elternbeiträgen für Kindertagesstätten befreit. DIE LINKE. Köln hofft auf weitere Vergünstigungen, u. a. die Berücksichtigung des Köln-Passes im Hinblick auf einen Sozialtarif für Strom und Gas.

Der Köln-Pass schreibt seit einem Jahr eine Erfolgsgeschichte in Köln. Zahlreiche Linksfractionen und Initiativen haben die Fraktion DIE LINKE. Köln bereits um Informationen gebeten und danach ebenfalls einen Sozialpass beantragt. Nun müssen wir Linken darum kämpfen, dass sich diese Form der Vergünstigung in möglichst vielen Kommunen durchsetzt.

Michael Kellner



Fraktion verabschiedet Karl Marx nach Trier

Das Karl-Marx-Haus in Trier wird demnächst um eine Attraktion reicher. Im Garten des Museums werden drei lebensgroße Marx-Skulpturen aufgestellt, die dem Besucher künftig unvermutet auf seinen Spaziergängen „begegnen“ werden. Der in der Eifel lebende Bildhauer und Fotograf Klaus Kammerichs hat sie in seinem Atelier in Demerath hergestellt. Sie werden am 5. Mai um 11 Uhr im Garten des Karl-Marx-Hauses enthüllt. Vor ihrer Abreise haben sich Jörg Detjen und Michael Kellner für die Fraktion DIE LINKE. noch persönlich von den drei Karls verabschiedet.

Karl-Marx-Haus, Brückenstraße 10, 54290 Trier
<http://www.fes.de/marx/>
 Infos zum Künstler: www.klaus-kammerichs.de

Veruntreuung durch überhöhte Versorgungsleistungen an Vorstandsmitglieder städtischer Gesellschaften?

Die Auseinandersetzung um die Bezüge des damaligen CDU-Vorsitzenden Reinarz hat ein grelles Licht auf die Verträge der Vorstandsmitglieder der städtischen Gesellschaften geworfen. In Zeiten, in denen eine Rentenerhöhung von 1,1 % nicht etwa von Kabarettisten sondern von Politikern als „Anteil am Aufschwung“ bezeichnet wird, sind die Versorgungsregelungen in den Musterverträgen der stadtnahen Gesellschaften absolut unakzeptabel. Hier werden Regelungen getroffen, die für normale Arbeiter und Angestellte unerreichbar, aber selbst für Vorstandsmitglieder in dieser Balance ungewöhnlich sind:

Die Zahlung der Versorgungsbezüge beginnt nicht etwa mit Eintritt des normalen Ruhestandsalters (65 Jahre bzw. demnächst 67 Jahre), sondern mit der Beendigung der Tätigkeit in der stadtnahen Gesellschaft. Bei Reinarz wäre dies schon mit 50 Jahren der Fall gewesen.

Das Minimum der Versorgung beträgt von Anfang an (d.h. vom ersten Tag der Beschäftigung an) 40 % des aktiven Gehaltes (ein Prozentsatz, auf den Arbeiter und Angestellte häufig nicht einmal nach 40-jähriger Berufstätigkeit kommen) und er steigt jährlich mit 2 %. Das bedeutet, dass bereits nach einer Tätigkeit von 12,5 Jahren der Höchstsatz von 65 % erreicht werden kann, der auch für sich gesehen bereits ungewöhnlich hoch ist.

Schließlich stellt auch die Anrechnungsregelung eine besondere Bevorteilung dar, weil eine Anrechnung erst erfolgt, wenn zusammen mit anderen Einkünften das bisherige Jahresgehalt erreicht wird. Reinarz könnte also mindestens 100.000,00 Euro „hinzuverdienen“, bevor seine Versorgungsbezüge gekürzt werden. In anderen Versorgungssystemen ist es üblich, dass sonstige Einkünfte bis zu einem gewissen Sockelbetrag unangerechnet bleiben und der Rest sodann auf die Versorgungsbezüge angerechnet wird.

Was kann solche Regelungen rechtfertigen? Aus Sicht der LINKEN, sicherlich nichts. Selbst wenn wir aber einmal der inneren Logik des Kapitalismus folgen, sind diese Regelungen nicht zu rechtfertigen. Es sollen die „besten Köpfe“ gewonnen werden. Ist die jeweilige Gesellschaft aber tatsächlich auf das von ihr ausgesuchte Vorstandsmitglied angewiesen? In der Diskussion um die Vorstandsbezüge und die Versorgungsregelungen ist letztlich unausgesprochen klar, dass eine wirkliche „Bestenauslese“ (was dies auch immer sein soll) nicht stattfindet. Es ist eher umgekehrt. Die Qualifizierung für diese Positionen ergibt sich nicht allein aus betriebswirtschaftlichen Kenntnissen, sondern mindestens gleichbedeutend für die Berufung in ein Vorstandsamt ist auch die Zugehörigkeit zu einer poli-

tischen Partei. Insofern wird man bei der Angemessenheit sicherlich ohne weiteres davon ausgehen können und müssen, dass es sich bei den jeweiligen Vorstandsmitgliedern nicht um Personen handelt, denen ein besonders lukratives Angebot unterbreitet werden müsste, weil sie ansonsten einen anderen – besser bezahlten – Posten in einem anderen Unternehmen erhalten würden.

Wenn man liest, dass Reinarz für den Fall der Nichtverlängerung seines Vertrages auch schon mit 50 Jahren jährlich mindestens 100.000,00 Euro bis an sein Lebensende als Versorgung erhalten soll, stellt sich schon die Frage, ob nicht der Abschluss derartiger Verträge den Tatbestand der Veruntreuung erfüllt. Nach dem Aktiengesetz ist der Aufsichtsrat für den Abschluss der Verträge mit den Vorstandsmitgliedern zuständig. Häufig wird der konkrete Vertrag dann sogar in Ausschüssen des Aufsichtsrates entschieden. Allerdings gibt es nach dem Aktiengesetz durchaus (wenn auch schwammige) Grenzen für die Verträge mit den Vorstandsmitgliedern. In § 87 Aktiengesetz sind die Grundsätze für die Bezüge der Vorstandsmitglieder geregelt. Danach hat der Aufsichtsrat bei der Festsetzung der Gesamtbezüge des einzelnen Vorstandsmitgliedes dafür zu sorgen, „dass die Gesamtbezüge in einem angemessenen Verhältnis zu den Aufgaben des Vorstandsmitgliedes und zur Lage der Gesellschaft stehen.“

Geht man davon aus, dass die Aufgaben des Vorstandsmitgliedes nicht so außergewöhnlich waren, dass dies die exorbitante Versorgung rechtfertigen könnte, so müsste schon über die Frage der Veruntreuung durch Abschluss solcher Verträge nachgedacht werden. Seit der Ackermann-Ent-

scheidung des Bundesgerichtshofes vom 21.12.2005 dürfte zunächst einmal vom Grundsatz her geklärt sein, dass Aufsichtsratsmitglieder, die Vorstandsmitgliedern unangemessene Vergütungen bewilligen, sich dadurch selbst strafbar machen können. Im Falle Ackermann war die Angelegenheit dadurch relativ einfach, dass es sich um eine Vergütung handelte, die vorher dienstvertraglich nicht vereinbart war. Insofern ist die Situation mit den Versorgungsleistungen bisher anders. Im Rahmen des öffentlichen Dienstes ist aber weiter geklärt, dass Veruntreuung auch dadurch begangen werden kann, dass gegen haushaltsrechtliche Vorschriften verstoßen wird. Soweit also die Mitglieder des Aufsichtsrates von den Eigentümern, d.h. der Stadt Köln, vertreten durch den Rat klare Vorgaben erhalten, was nach Auffassung der Eigentümer angemessen ist, werden sie von diesen Vorgaben auch nicht abweichen können, ohne sich damit der Gefahr auszusetzen, ggf. Veruntreuung zu begehen.

Entscheidend für die Zukunft ist daher, dass der Rat der Stadt Köln klare Vorgaben für die Versorgungsregelungen macht. Dabei müssen alle ungerechtfertigten Vorteile gerade in puncto Versorgung gestrichen gehören. Statt ewiger Belastungen mit Versorgungsaufwendungen mag jedem Vorstandsmitglied ein zusätzlicher Betrag zur Altersvorsorge gezahlt werden, mit dem er dann seine eigene Altersvorsorge anspart. Ein solches Verfahren ist einfach und transparent und belastet die städtischen Gesellschaften nicht mit einem wachsenden Topf an Versorgungsleistungen.

Eberhard Reinecke, Rechtsanwalt
(www.rechtsanwael.de)

Liga der Wohlfahrtsverbände begrüßen Initiative zur Einführung eines Sozialtarifs

Im März erreichte uns ein Brief der Liga der Wohlfahrtsverbände in Köln, der neben dem Roten Kreuz, der AWO und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband auch die kirchlichen bzw. religiösen Verbände Caritas, Diakonie und die Jüdische Gemeinde angehören. Wir dokumentieren den Wortlaut des Briefes:

Mit großem Interesse verfolgt die LIGA der Wohlfahrtsverbände in Köln die Initiative und den Beschluss des Rates der Stadt Köln vom Dezember 2007, den städtischen Energieversorger zur Einführung eines Sozialtarifs zu bewegen.

Wir begrüßen diese Entscheidung ausdrücklich, denn sie führt bei Umsetzung zu einer spürbaren Verbesserung der materiellen Lebenssituation von benachteiligten Menschen, wie Vorläufermodelle in anderen Städten bereits zeigen. Es ist aus unserer Sicht ein Schritt in die richtige Richtung, bei exorbitant steigenden Energiepreisen, die nicht nur der von Ihnen in den Fokus genommenen bedürftigen Bevölkerungsgruppe zunehmend wirtschaftliche Schwierigkeiten bereiten.

Da aktuell wieder neue Preissteigerungen (bei Gas) anstehen, bitten wir Sie sehr herzlich, Ihren maßgeblichen Einfluss in die Gremien des stadtnahen Energieversorgers geltend zu machen, um möglichst zügig einen Sozialtarif für Strom und Gas in dieser Stadt einzuführen.

Für Ihre Unterstützung bedanken wir uns.

„Nobody is perfect“ – Der Störfall in Worringen

So viele Gäste wie am 7. April hatte der große Saal des Bezirksrathauses Chorweiler in dieser Sitzungsperiode der Bezirksvertretung noch nicht gesehen. An die hundert Interessierte waren zur Sitzung erschienen, um sich Klarheit zu verschaffen – Klarheit über den Störfall bei INEOS.

In dessen Petrochemiewerk in Worringen war am 17. März (als Folge eines Feuers in einer durch das Werksgelände führenden Ethylen-Pipeline) ein nahegelegener 3000-Kubikmeter-Tank mit hochgiftigem Acrylnitril in Flammen aufgegangen. Es bildete sich eine giftige Rauchwolke, die über Teile des Bezirks Chorweiler bis Longerich, Nippes und Weidenpesch zog.

So weit – so schlecht. Aber wie Verwaltung, Feuerwehr, Polizei und INEOS-Vertreter in der aktuellen Stunde der Bezirksvertretung und eine Woche später am 14. April in der Sondersitzung des Ratsausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün im Wesentlichen übereinstimmend mitteilten, hätte es viel schlimmer kommen können – was angesichts der unmittelbaren Nähe Worringens zu INEOS für die Zukunft nicht gerade beruhigend ist.

Darüber hinaus werden Hunderte von

Fragen noch beantwortet werden müssen – nicht nur von INEOS, sondern auch von der Verwaltung und von der aufsichtführenden Bezirksregierung, die allerdings in der Sitzung der Bezirksvertretung durch Abwesenheit glänzte. Eines wurde durch die mündlichen Antworten in beiden Sitzungen immerhin klar: die mittel- und langfristigen Folgen dieses Großbrandes und seiner Bekämpfung sind jetzt noch nicht zu erkennen, auch wenn schon wenige Stunden nach dem Ende des Feuers Entwarnung für die betroffenen Bürger und Bürgerinnen im Kölner Norden gegeben wurde. Ihre Gesundheit sei nach allen vorliegenden Informationen nicht gefährdet.

Optimistisch zeigte sich vor allem der Leiter des Kölner Gesundheitsamts Jan Leidel, der in beiden Sitzungen unterstrich, dass die Messwerte nach dem Störfall mit wenigen Ausnahmen weit unter der Toleranzschwelle lagen, und die Ausnahmen selbst eher technische Ausreißer gewesen seien. Er schätzte die Gefahr, dass durch den Austritt von Acrylnitril in Worringen Krebserkrankungen gefördert werden könnten, auf 1 : 50.000 ein. Ein Zyniker käme bei dieser Rechnung auf „nur“ 1,8 Betroffene im Bezirk Chorweiler.

Für DIE LINKE. Köln ist neben den Fragen zum Ablauf und den Folgen des Branddesasters, die in großer Zahl von Bürgern und Parteien gestellt wurden, natürlich auch sehr wichtig zu erfahren, ob das Sicherheitskonzept des Konzerns unter dem Primat der Gewinnmaximierung gelitten hat, und wieso es überhaupt möglich war, im Genehmigungsverfahren einen so geringen Abstand zwischen dem Betriebsgelände und der Wohnbebauung in Worringen zuzulassen.

Vertreter von INEOS in den beiden Sitzungen versicherten, dass es nicht in ihrem Interesse läge, Sicherheitsmaßnahmen zu Gunsten höherer Gewinne zu vernachlässigen, weil Störfälle ja schließlich die Gewinne schmälern würden. Ihr vorgetragenes Credo: „Wir können keinen Störfall wünschen, ihn aber auch für die Zukunft nicht ausschließen.“

Letztlich doch Gewinnerwägungen im Zusammenhang mit Gesundheit und Leben von Anwohnern zur Grundlage zu machen, ist zynisch und klingt nach einem gefährlichen Rechenpiel – einer Risikoabwägung zwischen Kosten und Gefahren.

Frank Kühl und
Dieter Wernig

„Zug der Erinnerung“ in Köln

Im März machte eine besondere Ausstellung drei Tage in Köln Station. 7.500 Menschen, darunter viele Kinder und Jugendliche, sahen sich den „Zug der Erinnerung“ im Kölner Hauptbahnhof an. Auch die Fraktion war mit Jörg Detjen vertreten.

Ein Zug mit drei Waggons fährt die Strecke nach Auschwitz ab. Sie transportieren eine Dokumentation in die Orte, die an der Strecke dieses unvorstellbaren Grauens lagen. Im Zentrum der Ausstellung stehen

die Massendeportationen von Kindern. In Köln hatte die Initiative „Die Bahn erinnern“ zusammen mit dem NS-Dokumentationszentrum einen Sonderteil über Kölner Kinderschicksale beigesteuert.



Fotos: www.arbeiterfotografie.com

Dabei zeigte sich die Bahn im Vorfeld nicht besonders kooperativ. Ihr Vorgänger, die Deutsche Reichsbahn, verdiente Milliarden mit der Beihilfe zum Völkermord. Heute ist der Bahn die Erinnerung daran unangenehm. Ohne die Beharrlichkeit und die Spendenbereitschaft der privaten Trägerinitiative wäre die Ausstellung nicht zustande gekommen. So verlangt die DB für die „Nutzung“ des Bahngleises zwischen 225 und 450 Euro pro Tag. Zusätzlich kommen Kosten pro gefahrenen Schienenkilometer und die Beleuchtung der Ausstellung dazu, so dass die Bahn über 70.000 Euro für die gesamte Strecke kassieren will. In Köln waren das ca. 4.000 Euro pro Tag. Die Hälfte wird durch Spenden finanziert, die Hälfte brachte die Stadt auf.

Das ist ein ungeheurer Affront der Bahn für die Opfer und die, die ihrer gedenken wollen. Hier muss der Bund unbedingt Druck auf dieses öffentliche Unternehmen ausüben.

Andrea Kostolnik

Platzj abbeck

Bitte kosten los schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. Köln im Rat der Stadt Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzj abbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....
Name, Vorname

.....
Straße, Postleitzahl, Ort

DIE LINKE. Köln, Fraktion im Rat der Stadt Köln
Gülichplatz 1-3, Postfach 103 564, 50475 Köln
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41

email: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de V.i.S.d.P. Jörg Detjen

Moschee-Debatte auch in Wien

Auf Einladung der Sozialistischen Linkspartei (Schwesterorganisation der SAV) besuchte Ratsmitglied Claus Ludwig die österreichische Hauptstadt. Im 20. Bezirk von Wien – Brigittenau – mobilisierte eine sogenannte „Bürgerinitiative“ gegen den Ausbau eines islamischen Gemeindezentrums. Sie wird unterstützt von der rechtsextremen FPÖ und der konservativen ÖVP. FPÖ-Chef Strache hatte auch auf der rassistischen Demo im Juni 2007 in Köln gesprochen.

Im Fahrwasser der Initiative treten verstärkt offene Nazis auf. Auf einer Demo im November 2007 marschierten 800 Teilnehmer durch den Stadtteil, darunter 100 Nazis, die „Ausländer raus“ riefen und MigrantInnen bedrohten. Dass diese sich so frei in einer größeren Menge bewegen können, ist neu für Österreich. Ende Februar wurde das Haus, in dem die Bundessprecherin der SLP, Sonja Grusch, gemeldet ist, mit Hetzparolen und Hakenkreuzen beschmiert.

Auf einer Veranstaltung der SLP am 12. April berichtete Claus Ludwig über die Hintergründe von „Pro Köln“, die interna-

tionalen Verbindungen der Rechten und antifaschistische Gegenaktivitäten in Ehrenfeld. Auch Vertreter der „Bürgerinitiativ-

landes“ gegen „den Islam“. Einer zog eine direkte Verbindung zwischen der Belagerung Wiens durch das osmanische Heer im 17. Jahrhundert.

Die Veranstaltung war der Auftakt für eine breite Kampagne gegen die Rechten. Den bisher von der SLP und der GPA (Gewerkschaft der Privatangestellten) getragenen Aktivitäten haben sich weitere antifaschistische Gruppen angeschlossen. Bei einem Bündnistreffen wurde vereinbart, am 21. Mai eine Kundgebung „Brigittenau gemeinsam gegen Rassismus und Nazis“ vor der Bezirksvertretung durchzuführen.

„Pro Köln“, FPÖ und Vlaams Belang versuchen mit ihrer „Anti-Islam-Kampagne“ rassistischen Ideen eine Breitenwirkung zu verschaffen. Der Zusammenarbeit der Rechten müssen wir die internationale Solidarität entgegensetzen.

Der Vorschlag von Claus Ludwig, dass auch österreichische AntifaschistInnen sich an den Aktionen gegen den in Köln geplanten rassistischen „Anti-Islam-Kongress“ im September beteiligen sollten, kam bei der Veranstaltung gut an.

Claus Ludwig
Infos: www.slp.at



Claus Ludwig berichtet auf der Veranstaltung der SLP über die Aktivitäten von „Pro Köln“ gegen den Moscheebau und antifaschistische Gegenwehr

ve“ waren anwesend, darunter katholische Fundamentalisten vom rechten Rand der ÖVP. Sie sagten offen, dass es für sie nicht um Parkplatz- oder Lärmprobleme ginge, die zuvor als erste Argumente vorgeschoben worden waren, sondern um den grundlegenden Kampf des „christlichen Abend-

Termine – Termine

Di, 29.04.2008, 19.30 Uhr

Sozialtarif für Strom und Gas

Vorschläge zu einer alternativen Tarifstruktur – Informationsveranstaltung

Es diskutieren:

Jörg Detjen – Fraktionsvorsitzender DIE LINKE. im Kölner Rat

Martin Börschel – Fraktionsvorsitzender der SPD im Kölner Rat und Mitglied des Aufsichtsrats der RheinEnergie

Gerd Brust – Mitglied im Kölner Rat für Bündnis 90/Die Grünen und Mitglied im Aufsichtsrat der RheinEnergie

Peter Krücker – Katholikenausschuss in der Stadt Köln

Vertreter/in von attac

Moderation: Özlem Demirel, Mitglied im Rat der Stadt Köln

Rathaus, Spanischer Bau, Kardinal-Frings-Raum

Mi, 30.04.2008, 18 Uhr

Arbeitskreis Kalk-Programm

Sitzungssaal der Fraktion, Zi. 321, Haus Neuerburg, Gülichplatz 1-3

Mo, 05.05.2008, 19.30 Uhr

Arbeitskreis Soziales / Hartz IV

Sitzungssaal der Fraktion, Zi. 321, Haus Neuerburg, Gülichplatz 1-3

Di, 06.05.2008, 16.30 Uhr

Arbeitskreis Stadtentwicklung

Schwerpunkt: Wohnen

Sitzungssaal der Fraktion, Zi. 321, Haus Neuerburg, Gülichplatz 1-3

Do, 15.05.2008, 17.30 Uhr

Arbeitskreis Jugend und Schule

Sitzungssaal der Fraktion, Zi. 321, Haus Neuerburg, Gülichplatz 1-3

Di, 20.05.2008, 16.30 Uhr

Sondersitzung AK Stadtentwicklung

Kommunalwahlprogramm

Sitzungssaal der Fraktion, Zi. 321, Haus Neuerburg, Gülichplatz 1-3

Mo, 26.05.2008, 19.30 Uhr

Arbeitskreis Soziales / Hartz IV

Sitzungssaal der Fraktion, Zi. 321, Haus Neuerburg, Gülichplatz 1-3